



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Föderalismuskommission II darf nicht scheitern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag appelliert an die Landesregierung und die VertreterInnen der Landtage in der Föderalismuskommission II alles zu unternehmen, um die Föderalismuskommission II zu einem Erfolg zu führen.
2. Die Ergebnisse der Föderalismuskommission II sollen beinhalten:
  - einen Altschuldenregelung
  - eine konjunkturabhängige Schuldenbremse
  - eine Bundessteuerverwaltung und
  - einen finanziellen Kraftakt für Bildung.

Begründung:

Die Forderung der Landesregierung, dass das Ergebnis der Föderalismuskommission II sowohl eine solidarisch finanzierte Altschuldenregelung als auch eine Schuldenbremse zur konjunkturellen Steuerung der Neuverschuldung beinhalten muss, ist richtig. Gerade ein hoch verschuldetes Bundesland wie Schleswig-Holstein braucht mehr als nur neue Regularien für Verschuldungsgrenzen.

Ziel muss es sein, dass Länder und Kommunen zukünftig ihre Ausgaben wieder mit den vorhandenen Einnahmen finanzieren können. Dieses Ziel ist insbesondere auch für die Schleswig-Holsteinischen Kommunen notwendig, damit sie den finanziellen Gestaltungsspielraum zurück gewinnen und ihre Verpflichtungen der Daseinsvorsorge ordnungsgemäß erfüllen können.

Genauso wichtig ist ein föderaler Kraftakt für die Bildung. Die Bildungsausgaben müssen auf allen Ebenen deutlich erhöht werden, um die Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Der Zukunftsinvestitionsplan Bildung soll dazu beitragen, dass es bundesweit qualitativ gute, ganztägig geöffnete Kinderkrippen und -tagesstätten, Ganztagschulen mit Mittagessen und ausreichende Ausbildungs- und Studienplätze gibt.

Um dieses zu finanzieren, kann ein Teil der bisherigen Mittel aus dem Solidarpakt eingesetzt werden.

Aber auch die Einführung einer Bundessteuerverwaltung kann ihren Beitrag dazu leisten: Nach einer Expertise des Bundesrechnungshofs würde eine Bundessteuerverwaltung zu gesamtstaatlichen Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben in Höhe von jährlich bis zu 11,5 Mrd. € führen.

Monika Heinold  
und Fraktion